Minderjährige schützen, Straftaten aufklären, Prävention stärken – Lage an der Celtis-Anlage
Antrag der Stadtratsfraktion SPD vom 23.06.2026

Verdacht auf Sexual- und Betäubungsmitteldelikte zum Nachteil minderjähriger Mädchen im Umfeld des Nürnberger Hauptbahnhofs
Antrag der Stadtratsfraktion AfD vom 24.06.2026

Die Anträge der Stadtratsfraktionen der SPD und der AfD werden mit der vorliegenden Berichtsvorlage gemeinsam aufgegriffen. Die Darstellung folgt dabei einer an den wesentlichen Sach- und Handlungsfeldern orientierten Gliederung und nicht nach den einzelnen in den Anträgen gestellten Fragen. Der Bericht gibt hierzu einen zusammenfassenden Überblick unter Einbeziehung der Stellungnahmen von Polizeipräsidium Mittelfranken, Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, Amt für Migration und Integration sowie Referat für Jugend, Familie, Senioren und Soziales. Zur Vertiefung wird auf die beiliegenden detaillierten fachlichen Stellungnahmen verwiesen.

1. Ausgangslage und etablierte Sicherheitsstrukturen

Der Nürnberger Hauptbahnhof ist einer der fahrgast- und passantenstärksten Bahnhöfe Deutschlands und Tor zur Innenstadt. Täglich passieren weit über 100.000 Menschen die Plätze und Wege um den Hauptbahnhof. Wie in allen Großstädten ist er ein vielfältig genutzter öffentlicher Raum und Aufenthaltsort unterschiedlichster Personengruppen, Zusammentreffen unterschiedlicher sozialer und sicherheitsrelevanter Problemfelder sowie Standort sozialer Einrichtungen.

Die Sicherheit im und um den Hauptbahnhof hat daher für alle Sicherheitsakteure seit vielen Jahren eine besondere Bedeutung. Dabei wird Sicherheit umfassend verstanden. Neben der objektiven Kriminalitäts- und Sicherheitslage sind auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung, die Nutzbarkeit des öffentlichen Raums, die Aufenthaltsqualität sowie der Umgang mit sozialen Problemlagen von Bedeutung.

Dementsprechend ist die Sicherheitsarbeit dort seit vielen Jahren durch ein Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure geprägt. Stadt Nürnberg, Polizeipräsidium Mittelfranken, Bundespolizei, Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, Deutsche Bahn sowie soziale Träger und weitere Partner setzen hierzu ein kontinuierlich weiterentwickeltes Bündel aus repressiven, präventiven, ordnungsrechtlichen, sozialen, technischen und baulichen Maßnahmen um. Die bestehenden Konzepte und Maßnahmen werden dabei fortlaufend überprüft, weiterentwickelt und an veränderte Kriminalitäts- und Nutzungsmuster angepasst.

Besondere Bedeutung kommt dabei dem südlichen Bahnhofsumfeld zu. Der Bereich rund um den Südausgang des Hauptbahnhofs zwischen Südstadtpark und Nelson-Mandela-Platz hat sich in den vergangenen Jahren zu einem eigenständigen Schwerpunkt der Sicherheits- und Ordnungsarbeit entwickelt. Während auf dem Bahnhofsvorplatz Schwerpunkt eher Probleme durch alkoholkonsumierende und obdachlose Gruppen bestehen, hat sich im südlichen Bahnhofsumfeld ein Schwerpunkt des Drogenhandels entwickelt und nach Inkrafttreten des Konsumcannabisgesetz verstärkt. Das Lagebild ist insbesondere durch offenen Handel mit Cannabis und Tabletten, eine Zunahme von Betäubungsmitteldelikten, damit verbundene Beschaffungskriminalität und Körperverletzungsdelikte geprägt. Hinzu kommen regelmäßige Auseinandersetzungen zwischen Personen und Gruppierungen aus der Szene, teilweise unter Einsatz von Waffen oder gefährlichen Gegenständen. Gleichzeitig werden Vermüllung und Verunreinigung des öffentlichen Raums, Drogenangebote an Passanten sowie öffentlich wahrnehmbarer Drogenkonsum festgestellt. Auch städtische Reinigungs- und Grünpflegemitarbeiter sowie Streetworker wurden von den Gruppen eingeschüchtert. Von besonderer Bedeutung ist eine Gefährdung von Kindern und Jugendlichen, unter anderem durch festgestellte Drogen-Depots in unmittelbarer Nähe von Schulhöfen sowie Hinweise auf Handeltreiben, Überlassen oder Abgabe von Cannabisprodukten an Minderjährige.

Bereits lange vor dem Bekanntwerden der aktuellen „Grooming“-Vorfälle haben Stadt und Polizei deshalb ein Bündel repressiver, präventiver und infrastruktureller Maßnahmen umgesetzt bzw. ausgeweitet, um Sicherheit, Aufenthaltsqualität und subjektives Sicherheitsgefühl zu gewährleisten. Dazu gehören insbesondere

- eine verstärkte tägliche Präsenz von Polizei mit gemeinsamen Streifen von Landespolizei, Bundespolizei und DB-Sicherheit und Einsatz der Reiterstaffel,
- Schwerpunktkontrollen,
- Ausbau der Videoüberwachung,
- Einrichtung eines mobilen Polizeicontainers auf dem Celtisplatz als zusätzliche Anlauf- und Einsatzstelle im Bahnhofsumfeld,
- Erlass einer Waffen- und Messerverbotszonenverordnung und einer Cannabisverbotsverordnung,
- Erlass von Platzverweisen, Betretungs- und Aufenthaltsverboten und Bußgeldern gegen Störer,
- enge Zusammenarbeit der Ausländerbehörden zur Prüfung und Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Maßnahmen bei ausländischen Straftätern,
- Intensivierung der Reinigungsmaßnahmen sowie
- infrastrukturelle Verbesserungen wie Grünrückschnitte und die Beseitigung von Angsträumen.

Im Rahmen des Projekts „BAYERN. 360° SICHERHEIT. BAHNHOF“ der bayerischen Polizei unter Federführung des Polizeipräsidiums Mittelfranken wurde die behördenübergreifende Zusammenarbeit intensiviert. In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2025 von Stadt Nürnberg, Polizeipräsidium Mittelfranken und der Bundespolizeiinspektion Nürnberg ein „Strategie- und Maßnahmenpapier Hauptbahnhof“ erstellt, in dem die bestehenden Maßnahmen und Zuständigkeiten in einem übergreifenden Ansatz gebündelt und weiterentwickelt wurden. Die Sicherheitsarbeit wurde intensiviert. Ziel ist ein sicheres, sauberes und attraktives Bahnhofsumfeld, bei dem objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsempfinden gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Stadt versteht Sicherheit dabei ausdrücklich als gemeinsame Verantwortung der beteiligten Sicherheitsakteure.

Zur Sicherung vulnerabler Bereiche in der Umgebung des Nelson-Platzes-Platzes wurden zudem gezielte Maßnahmen an der Mittelschule Hummelsteiner Weg umgesetzt, um Störungen (z. B. BTM-Konsum vor der Schule, Vermüllung, abendliche Aufenthalte auf dem Schulhof) zu unterbinden. Dazu wurden ein direkter Meldeweg zwischen Schule und Polizei etabliert, die Umzäunung und Beleuchtung verbessert, der Spielhof für die Öffentlichkeit gesperrt und mit der Polizei abgestimmte Streifen des ADN eingerichtet.

Der 360°-Gedanke findet sich auch in der Weiterentwicklung der städtischen Sicherheitsstrategie wieder. Nachhaltige Sicherheit kann nicht allein durch polizeiliches und ordnungsrechtliches Einschreiten erreicht werden, sondern setzt das Zusammenwirken verschiedener Instrumente und Akteure voraus: Repression und Präsenz, Prävention und Sozialarbeit, Infrastruktur und Stadtgestaltung, digitale Intelligenz und Datenbasierung sowie Resilienz und Zukunftsfähigkeit.

In den Focus der Sicherheitsarbeit und der Presseberichterstattung ist seit Anfang 2026 der Kriminalitätskomplex „Grooming“ gerückt, bei dem Drogenhändler Kontakte zu minderjährigen Mädchen und Frauen suchen, um diese durch die Überlassung von Drogen und Medikamenten emotional zu manipulieren und abhängig zu machen, um sie für Prostitution und eigene sexuelle Handlungen zu missbrauchen. Dies beeinträchtigt auch massiv die Aufenthaltsqualität und das subjektive Sicherheitsempfinden weit über das Umfeld des Hauptbahnhofs hinaus.

2. Aktuelle Lageentwicklung und Aufdeckung des Kriminalitätskomplexes „Grooming“

Das gemeinsame Maßnahmenpaket hat insbesondere im südlichen Bahnhofsumfeld Wirkung gezeigt und Verbesserungen gebracht. Durch die Intensivierung der Kontrollen und der Präsenz wurden Verlagerungseffekte frühzeitig sichtbar und konnten durch angepasste Maßnahmen aufgegriffen werden. Gleichzeitig fließen neue Erkenntnisse unmittelbar in das gemeinsame Lagebild ein. Die Intensivierung der Maßnahmen am Nelson-Mandela-Platz führte zwar zu einer Verlagerung

der Tätergruppen Richtung Südstadtpark, jedoch in einem wesentlich reduzierten Umfang. Auch dort wurde mit einer Verdichtung der Maßnahmen, unter anderem durch die Erweiterung der mobilen Videoüberwachung, reagiert.

Außerdem führten die intensiven Maßnahmen zu einer genaueren Beobachtung und Aufklärung der dortigen Szene, die Anfang 2026 bisher nicht in diesem Umfang erkennbare Zusammenhänge und kriminelle Strukturen innerhalb der dortigen Rauschgiftszene und das hochgradig besorgniserregende „Grooming“ offengelegt haben.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die polizeiliche Videoüberwachung. Im Bereich des Nelson-Mandela-Platzes und des Südstadtparks hat die Polizei insgesamt sechs größtenteils schwenkbare Kameras installiert, mit denen nahezu der gesamte Südstadtpark und ein Großteil des Nelson-Mandela-Platzes erfasst werden. Die Videoüberwachung unterstützt die Lagebewertung und die Steuerung von Einsätzen, erleichtert die Aufklärung von und Beweisführung bei Straftaten, erhöht das subjektive Sicherheitsgefühl in der Umgebung und führt zu einem Abschreckungseffekt für potenzielle Straftäter.

3. Maßnahmen im Zusammenhang des „Grooming-Komplex“

3.1 Strafverfolgung (Polizei und Staatsanwaltschaft)

Zur konsequenten Aufarbeitung dieses Kriminalitätskomplexes wurde im Mai 2026 die Ermittlungskommission „EKO Kajal“ eingerichtet. Die Ermittlungen konzentrieren sich auf die Verknüpfung von Betäubungsmittel- und Sexualdelikten.

Die Geschädigten sind überwiegend minderjährige Mädchen und junge Frauen im Alter zwischen 11 und 20 Jahren unterschiedlicher Staatsangehörigkeiten, die sich regelmäßig im Bereich des Nelson-Mandela-Platzes oder des näheren Bahnhofsumfelds aufgehalten haben sollen.

Bei den Tatverdächtigen handelt es sich nach bisherigem Stand um Personen im Alter zwischen 18 und 40 Jahren, überwiegend mit syrischer, pakistanischer und nordafrikanischer Herkunft. Bis 01.08.2026 wurden insgesamt 22 Tatverdächtige ermittelt. Bei den Delikten handelt es sich vorwiegend um (Auswahl):

- Abgabe/Verabreichen/Überlassen von Betäubungsmittel an Minderjährige
- Vergewaltigung
- Schwerer sexueller Missbrauch von Kindern
- Sexueller Missbrauch von Jugendlichen gegen Entgelt
- Sexuelle Nötigung

Durch die „EKO Kajal“ und die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth konnten Haftbefehle gegen insgesamt 16 Tatverdächtige erwirkt und 12 davon vollzogen werden. Die weiteren polizeilichen Maßnahmen umfassten dabei insbesondere Durchsuchungen, Festnahmen sowie die Sicherstellung von Beweismitteln, Betäubungsmitteln und Medikamenten, sowie die Anregung von 13 aufenthaltsbeendenden Maßnahmen über die zuständigen Ausländerbehörden.

Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth hat die Verfahren durch eine Konzentration der Expertise in den Jugend- und Betäubungsmittelabteilungen beschleunigt, um eine effektive und spezialisierte Verfolgung zu gewährleisten. Erschwert wird die Strafverfolgung dadurch, dass einige betroffene Mädchen und Frauen aufgrund von Angst, Abhängigkeiten, Scham, Loyalitätskonflikten oder instabilen Lebensverhältnissen nicht in jedem Fall sofort zur Mitwirkung an Strafverfahren bereit sind. Aus diesem Grund erfolgt ein besonders opferschutzorientiertes Vorgehen sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendhilfe, Suchthilfe und weiteren Fachstellen.

3.2 Ausländerrechtliche Maßnahmen

Die Mehrzahl der Tatverdächtigen und Täter sind Männer aus Syrien, dem Irak, Pakistan und nordafrikanischen Staaten, die ihren Aufenthalt nur teilweise in Nürnberg, überwiegend über Nordbayern verteilt haben. Die Polizei hat bisher 13 aufenthaltsbeendende Maßnahmen über die jeweils zuständigen Ausländerbehörden angeregt.

Dem Amt für Migration und Integration (MI) wurden von der Polizei Tatverdächtige genannt, die in die ausländerrechtliche Zuständigkeit der Stadt Nürnberg fallen. In mehreren Fällen wurde bereits das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) um die Prüfung eines Widerrufs des Schutzstatus gebeten und vom BAMF die Widerrufe eingeleitet. Ein Beschuldigter konnte aufgrund vorbestehender Ausweisungen bereits abgeschoben werden. MI überwacht die Fälle im Hinblick auf aufenthaltsrechtliche Konsequenzen gesondert.

3.3 Schutz und Prävention

3.3.1 Erweiterung der präventiven Zusammenarbeit

Die bereits im Rahmen des Sicherheitspaktes bestehende Kooperation zwischen Polizei, Jugendhilfe und Schule (PJS) hat sich zu einem festen Bestandteil im städtischen Kooperations- und Hilfesystem entwickelt, um Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen zeitnah und passgenau zu unterstützen.

Bezüglich des Kriminalitätskomplexes „Grooming“ wurden regelmäßige Austauschtreffen unter Federführung des Polizeipräsidiums Mittelfranken mit Vertretern der Suchtberatungsstellen (Lilith, Mudra), Jugendamt (ASD, KJND, Streetwork), Sozialamt (Suchtberatung), Klinikum Nürnberg (KJP), der Kooperation PJS sowie der Polizei eingeführt, bei denen Präventionsmaßnahmen zum Schutz der Minderjährigen im Mittelpunkt stehen. Ziel ist es, weitere Gefährdungen frühzeitig zu erkennen, eine Verfestigung entsprechender Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen zu verhindern und gefährdete junge Menschen möglichst rasch an Hilfs- und Schutzangebote heranzuführen. Zu diesem Zweck erfolgt ein abgestimmtes Zusammenwirken von Strafverfolgung, polizeilichen Präsenz- und Kontrollmaßnahmen, Jugendhilfe, Suchthilfe, medizinischer Versorgung und niedrigschwelliger Ansprache im öffentlichen Raum.

3.3.2 Jugendamt

Das Jugendamt hat etwa 15 bis 20 betroffene Mädchen identifiziert. Diese befinden sich häufig, aber nicht ausschließlich, in hochgradig vulnerablen Situationen (dysfunktionale Familienverhältnisse, Suchtabhängigkeit). Das bestehende Netzwerk aus Streetwork, Kinder- und Jugendnotdienst und Suchthilfe wird intensiv genutzt, um Schutzmaßnahmen (z. B. Inobhutnahmen, Vermittlung in Hilfeeinrichtungen) einzuleiten. Das Jugendamt weist jedoch auf die dringende Notwendigkeit hin, die systemischen Lücken in der spezialisierten klinischen Nachsorge für suchtmittelabhängige Jugendliche zu schließen.

3.3.3 Polizeiliche Präventionsarbeit

Die Polizei hat Gefährdetenansprachen bei den minderjährigen Mädchen durchgeführt, die aus verschiedenen Ländern kommen. Das Fachkommissariat K34 berät im Beisein von Fachpersonal des Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) die betroffenen Mädchen individuell in den Jugendhilfeeinrichtungen zu den tangierten Themenfeldern in Zusammenhang mit Konsumverhalten / Sucht und zeigt mögliche Hilfestellung auf (z. B. Verweis auf Suchtberatungsstellen).

Zudem halten Nürnberger Präventionsbeamte an Schulen und anderen Orten, in denen sowohl potenzielle Opfer als auch Täter erreicht werden können, Unterrichte zum Thema „Gewalt und Sucht in Schulen“. Zielrichtung ist die Aufklärung über die Vorgehensweise der Täter (zunächst Er-

bringen von Gefälligkeiten und Geschenken) sowie die Sensibilisierung möglicher Opfer, dass Geschenke nicht dazu verpflichten eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Dazu werden auch Armbänder mit einprägsamen Slogans verteilt. Für den Beginn des nächsten Schuljahres sind weitere Unterrichte geplant. Zudem soll im September ein Action-Day des K34 stattfinden, an welchem gezielt junge Mädchen am und um den Bereich Nelson-Mandela-Platz angesprochen und aufgeklärt werden sollen.

4. Ausblick

Die Aufdeckung der Grooming-Strukturen ist ein direktes Resultat der intensiven polizeilichen Maßnahmen mit Einbindung aller Sicherheitsakteure im Bahnhofsumfeld.

Bei den aufgedeckten Fällen handelt es sich nicht um isolierte Einzelfälle, sondern um ein verdichtetes Kriminalitätsphänomen. Das deliktische Muster geht über den klassischen Straßenhandel hinaus und weist Merkmale einer systematischen Anbahnung, Abhängigkeitserzeugung und anschließenden Ausbeutung auf. Die Ermittlungen ergaben bislang jedoch keine Hinweise auf Hierarchien oder organisierte Kriminalität. Vielmehr handelt es sich in der Regel um kleinere Dealer die unabhängig ihren Geschäften nachgehen, sich aber untereinander in Chats über Mädchen und „Anmach-Taktiken“ austauschen.

Die bisherigen Erkenntnisse, Ergebnisse und Ermittlungserfolge bestätigen deutlich die Notwendigkeit eines weiterhin konsequenten und interdisziplinären Vorgehens und die gute Zusammenarbeit aller hierbei beteiligten Organisationen. Die Sicherheitsbehörden werden den hohen Kontrolldruck und die enge behördenübergreifende und interdisziplinäre Zusammenarbeit im südlichen Bahnhofsumfeld aufrechterhalten. Ziel ist es, die gewonnenen Erkenntnisse aus der „EKO Kajal“ unmittelbar in die gemeinsame Lagebewertung einfließen zu lassen, den Drogenhandel dort weiter einzudämmen und die Schutzketten für vulnerable junge Menschen weiter zu stärken.

Nürnberg, 26.08.2026
Ordnungsamt
i. V. gez. Pollack (3268)

Anlagen
Anlage 1: Stellungnahme des Polizeipräsidiums Mittelfranken vom 19.08.2026
Anlage 2: Schreiben der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth vom 10.08.2026
Anlage 3: Stellungnahme des Amts für Migration und Integration vom 05.08.2026
Anlage 4: Stellungnahme des Referats für Jugend, Familie, Senioren und Soziales vom 19.08.2026